

# Günter Frankenberg

## Annäherungen an den „Wutbürger“

### *I. Von einem neuerdings zu vernehmenden denunziatorischen Ton*

Als Selbstbezeichnung und in Presseberichten lässt sich die Kombination von *Wut* und *Bürger* seit 2007 nachweisen.<sup>1</sup> Zur kurrenten Münze wurde der „Wutbürger“ mit dem *Spiegel*-Essay von Dirk Kurbjuweit aus dem Herbst 2010.<sup>2</sup> Freilich macht es einen Unterschied ums Ganze, ob eine rechtspopulistische Wählervereinigung sich als „Bürger in Wut“ bezeichnet oder ob ein, nach eigener Aussage, „Qualitätsmagazin“ den „Wutbürger“ als Phänotyp des Demonstrierenden dieser Tage in Umlauf bringt. In jenem Essay wird behauptet, der „Wutbürger“ bestimme „das Gesicht der Gesellschaft ... und den Geist der Zeit“. Er entspringe dem Schoß einer „skeptischen Mitte, die bewahren will, was sie hat und kennt, zu Lasten einer guten Zukunft des Landes“. Zukunftsvergessen, gemeinwohlnegativ und egoistisch treibe „die nackte Wut“ „gutgekleidete Grauköpfe“ – „in fanatischer Gegnerschaft“ – an die Bauzäune von Großprojekten wie Stuttgart 21, um diese zu verhindern. Damit „alles so bleibt, wie es war.“

Die besonderen Kennzeichen des „Wutbürgers“ (nach Art der patriarchalischen Sprachroutinen werden Frauen, die sich in auffälliger Erregung am öffentlichen Protest beteiligen, *mitgemeint*): Egoismus, Hedonismus, Veränderungsangst, Fanatismus und, das Erscheinungsbild prägend, ein gesetztes Alter.

Der Begriff hat, wie zu erwarten, Kritik und Gegenbegriffe provoziert. Freilich hat er semantische Eintagsfliegen, wie „Gutbürger“ und „Mutbürger“,<sup>3</sup> problemlos überlebt (wegen deren beträchtlichen Peinlichkeitsfaktors: zu Recht.) Allerdings löste er im Feuilleton und in den Sozialwissenschaften eine lebhafte Kontroverse aus.<sup>4</sup> Zudem wurde er von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum „Wort des Jahres 2010“<sup>5</sup> geadelt und in den Duden-Online<sup>6</sup> aufgenommen. Eine bemerkenswerte Karriere also. Sie dürfte nicht zuletzt der medialen Platzierung (im *Spiegel*), dem Überraschungseffekt (Wütende gesetzten Alters oder die Stuttgart 21-Sarrazin-Connection), der pseudo-wissenschaftlichen Argu-

1 *Zeit Online* v. 6.7.2007.

2 Dirk Kurbjuweit, *Der „Wutbürger“*. Stuttgart 21 und die Sarrazin-Debatte: Warum die Deutschen so viel protestieren, *Der Spiegel* Nr. 41/2010, 26 f. Die nachfolgenden Zitate sind dem Essay entnommen.

3 Barbara Supp, *Die Mutbürger*, *Der Spiegel* Nr. 42/2010, 42 f., die allerdings im Titel den Protest als kollektives Phänomen verteidigt. Die Bezeichnung der um den Tod des kleinen Eisbären trauernden als *Knutbürger* hat sich nicht wirklich durchsetzen können.

4 Vgl. nur Hans Vorländer, *Der „Wutbürger“ – Repräsentative Demokratie und kollektive Emotionen*, in H. Bluhm/K. Fischer/M. Llanque (Hrsg.), *Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte*, 2011, 467 ff.; Ingolfur Blühdorn, *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, 2013, bes. 62 f., 190 ff.; Thomas Wiczorek, *Die Rebellenrepublik. Warum wir uns nicht mehr für dumm verkaufen lassen*, 2011; Stefan Stürmer, *Soziale Repräsentation von Bürgerprotesten: Die „Wutbürger“ – soziale Realität, Feuilleton-Chimäre oder politischer Kampfbegriff?*, *Politische Psychologie* 1/1 (2011), 9 ff.; und, eher tangential, die Beiträge in *APuZ 1-2/2011*, Themenheft „Postdemokratie“.

5 Mit ihrer Definition – „Empörung der Bevölkerung über eigenmächtige Entscheidungen der Politik“ – hält die Gesellschaft für deutsche Sprache Abstand sowohl zum denunziatorischen Ton Kurbjuweits als auch dessen Individualisierung des Protests. Diese Wort-Wahl ist dennoch nicht ohne erheblichen Widerspruch geblieben und nötigte die Gesellschaft für deutsche Sprache zu einer Rechtfertigung: *Der „Wutbürger“ in der Retroperspektive* – [www.gfds.de/publikationen/der-sprachdienst/zeit-woerter/der-wutbuergere-in-der-retroperspektive](http://www.gfds.de/publikationen/der-sprachdienst/zeit-woerter/der-wutbuergere-in-der-retroperspektive) – Zugriff am 13.8.2013.

6 Definiert als „aus Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen sehr heftig öffentlich protestierender und demonstrierender Bürger“ – [www.duden.de/rechtschreibung/Wutbuergere](http://www.duden.de/rechtschreibung/Wutbuergere) – Zugriff am 13.8.2013.

mentation (die Kausalkette von Frust → Wut → Protest) in Verbindung mit den griffigen Stereotypen (veränderungsscheue Alte) geschuldet sein. Die Wortschöpfung als denunziatorische Entgleisung abzutun, bietet sich an, könnte freilich ihre symptomatische Bedeutung für die Krise der Demokratie verfehlen.

## II. Der „Wutbürger“ – Phänotyp oder Chimäre?

In die Geburtsurkunde des Begriffs haben sich einige Fehler und undeutliche Angaben eingeschlichen. Ihnen nachzugehen lohnt, um den Realitätsgehalt der Wortschöpfung, deren Vor-Bilder und den theoretischen Subtext wenigstens im Ansatz freizulegen.

*Erstens* zum Bürger: Ob es sich bei den an öffentlichen Protesten dieser Tage Teilnehmenden *typischer Weise* oder jedenfalls in einem das Erscheinungsbild prägenden Maße um wohlhabende, saturierte, ältere Menschen handelt, die sich von Wut hinreißen lassen, ist eine empirische Frage. Die Sozialforschung sollte sie beantworten können. In der Tat geben zwei Studien zu Protest und Protestverhalten im Kontext von Stuttgart 21 einige Antworten. Sie weichen nicht sehr stark voneinander ab.<sup>7</sup> Nach beiden Umfragen bei 1.280 bzw. 814 Beteiligten wäre Kurbjuweits Bild einer Meute entfesselter Rentner erheblich zu revidieren.<sup>8</sup> Hinsichtlich Bildungsniveau, Alters- und Sozialstruktur der Demonstrierenden gegen Stuttgart 21 – Ähnliches gilt für Proteste gegen andere Großprojekte (Erdkabel in Hannover, Flughafen Berlin-Brandenburg und Windräder und Freileitungen) – wurde durch die Befragungen ermittelt: Über 70 % haben Abitur, 40 % einen Hochschulabschluss; etwa die Hälfte darf als politisch nicht nur informiert, sondern gebildet gelten („Gegen-Experten“). Der Altersschnitt ist mit 75 % über 35-jährigen und fast 20 % Personen über 55 Jahren „relativ hoch“, allerdings deutlich unter der OECD-Altersgrenze von 65 Jahren. In diese Gruppe fielen 15 % der Befragten; dieser Prozentsatz liegt damit unterhalb des Prozentanteils von 20 % dieser Altersgruppe an der demonstrierenden und nicht-demonstrierenden bundesdeutschen Bevölkerung.<sup>9</sup> Insgesamt sind nahezu zwei Drittel älter als 45 Jahre.<sup>10</sup> Auffallend hoch ist die in einer Studie ermittelte Quote an Unternehmern und Ingenieuren. Auch die Positions- und Meinungsvielfalt der Befragten zum Thema Parteien und Partizipationsdemokratie ist ebenfalls auffällig: Weniger als 30 % ordneten sich auf der politischen Links-Rechts-Achse dem linken Pol zu. Eine Mehrheit gibt an, mit der real praktizierten Demokratie und den großen Parteien unzufrieden zu sein; viele fordern mehr oder bessere Partizipationsmöglichkeiten. Nach beiden Studien entspricht das Bild der gegen Stuttgart 21 Demonstrierenden also weitgehend dem „Profil des kommunal engagierten Bürgers, das sich bereits in anderen Kontexten heraus-

7 Göttinger Institut für Demokratieforschung, *Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21* – [www.demokratie-goetting.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf](http://www.demokratie-goetting.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf) (Zugriff 14.8.2013) und Dieter Rucht et al., *Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010* (Wissenschaftszentrum Berlin 2010).

8 Siehe dazu die von Franz Walter, *Spiegel online* v. 8.9.2011, resümierten Ergebnisse einer Befragung von Protestteilnehmern (nicht nur zu Stuttgart 21). Zu ganz anderen Ergebnissen kommt die vom Gießener Politologen Eike-Christian Hornig durchgeführte Umfrage unter Protestierenden (als Mitglieder einer „Misstrauensgesellschaft“ titulierte) gegen Fluglärm und Flughafenausbau in Frankfurt – <http://www.taz.de/Protest-gegen-Frankfurter-Flughafen/!122204/> (Zugriff am 22.8.2013).

9 Stürmer, *Soziale Repräsentation* (Fn. 4), 11 unter Verweis auf Angaben des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 2010 – <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms>.

10 Nach Auffassung des Institutsleiters, des Politologen Franz Walter, „beherrschen die jungen Rentner ... das Bild des Bürgeraufbegehrens“ (*Spiegel online* v. 8.9. 2011, 2) – eine angesichts des Altersschnitts der Protestierenden nicht eben präzise Einschätzung.

kristallisiert hat: mittleres Lebensalter, höherer Bildungsstand, sozio-ökonomisch abgesichert und eher links-liberal“.<sup>11</sup>

*Zweitens* zur Wut: Keine der beiden Studien stützt Kurbjuweits reduktionistische Konstruktion eines sich *egoistisch* zum Protest entscheidenden, von blinder Wut getriebenen, aufs Große und Ganze gesehen verantwortungslosen, *irrational* handelnden Akteurs. Den Forschungen zu den Bedingungen kollektiven Protests<sup>12</sup> lässt sich entnehmen, dass zum einen Gefühlslagen wie Empörung oder Verärgerung in der Regel auf sozial erfahrene Missstände und Ereignisse zurückzuführen, also *kollektive* Emotionen sind. Ausgelöst werden sie beispielsweise durch die soziale Erfahrung des Ausschlusses von politischer Verantwortung und Teilnahme, gruppenbasierter Ungerechtigkeit oder der Benachteiligung oder Geringschätzung von Gruppen durch politische Autoritäten. Zum anderen gehen der Teilnahme an Protestaktionen typischer Weise – auch das ist durch empirische Forschungen gut gesichert – Entscheidungen, Abwägungen und systematische Planungsschritte voraus. Das stellt den Einfluss von Emotionen nicht in Abrede, kennzeichnet jedoch die Teilnahme an kollektiven Protestformen als überwiegend „*kollektiv-rationales* (und nicht individuell-impulsives) Verhalten“.<sup>13</sup>

Diese Forschungen werden durch die aktuellen Befragungen der Protestierenden gegen Stuttgart 21 bestätigt: Keinen treibt, wie im *Spiegel*-Essay suggeriert, „die nackte Wut“ von heute auf morgen an den Bauzaun. Nach den sowohl einer Gruppe des Göttinger Instituts für Demokratieforschung wie auch einer Forschungsgruppe des Berliner Wissenschaftszentrums ermittelten Ergebnissen bemängelten die Befragten die Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Landesregierung bzw. Stadtverwaltung. Sie gaben an, „Verfahrensgerechtigkeit“, „Demokratiedefizite bei der Planung des Projekts“ und „beim Umgang mit [dessen] Kritikerinnen und Kritikern“ erfahren zu haben; viele von ihnen „fühlten sich übergangen und von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen“.<sup>14</sup> „Lärm- und Verkehrsbelastung“, also die persönliche Betroffenheit und Verärgerung, rangierte auf der Liste der vorgebrachten Argumente an letzter Stelle.<sup>15</sup>

Der „Wutbürger“, darf man daraus schließen, ist kein empirisch ausreichend gehaltvoller Phänotyp, sondern eine mit denunziatorischer Wirkung (wenn nicht Absicht) konstruierte Chimäre.<sup>16</sup> Auffällig und nicht ohne historische Vorbilder ist die auf individualistisch-irrationale Ordnungsstörungen heruntergebrachte Darstellung bürgerlichen Aufbegehrens.<sup>17</sup> Der *Spiegel* bedient sich in dem von

11 Stürmer, Soziale Repräsentation (Fn. 4), 12; vgl. dazu Paul Florin/Abraham Wandersman, Citizen Participation and Community Organizations, in: Julian Rappaport/Edward Seidman (Hrsg.), *Handbook of Community Psychology*, 2000, 247 ff. (mit zahlreichen Nachweisen).

12 Vgl. hierzu und zum Folgenden auch Stürmer, Soziale Repräsentation (Fn. 4), 12 mit weiteren Nachweisen; Hinweise lassen sich auch den bereits zitierten Studien entnehmen.

13 Stürmer, Soziale Repräsentation (Fn. 4), 12 (Hervorh. – G.F.); Stefan Stürmer/Bernd Simon, Pathways to Collective Protest: Calculation, Identification or Emotion? A Critical Analysis of the Role of Anger in Social Movement Participation, *Journal of Social Issues* 65 (2009), 681 ff.

14 Siehe im Einzelnen die Ergebnisse der Göttinger und der Berliner Studie. Dazu und kritisch zum Bild des „Wutbürgers“ zuletzt auch Ana Belle Becké, „Wutbürger“? (Portal des Göttinger Instituts für Demokratieforschung [http://www.demokratie-goettingen.de/blog/%E2%80%9Ewutburger%E2%80%9C], 9.9. 2011).

15 Rucht et al (Fn. 7) und Stürmer, Soziale Repräsentation (Fn. 4), 12.

16 Von der Chimäre können auch SozialwissenschaftlerInnen, die es besser wissen sollten, nicht lassen: Saskia Richter „„Wutbürger“! Geht wählen!“ (Portal des Göttinger Instituts für Demokratieforschung [http://www.demokratie-goettingen.de/blog/wutburger-geht-wahlen], 8.8.2013). Zur Einschätzung des „Wutbürgers“ als Chimäre: Stürmer, Soziale Repräsentation (Fn. 4), 13.

17 In der Sozialpsychologie: Gustave Le Bon, *Psychologie der Massen*, [1895] 1911. In der Philosophie und Staatslehre: Joseph de Maistre, *Considérations sur la France*, 1796, 76 (vgl. dazu Carl Schmitt, *Die Staatsphilosophie der Gegenrevolution*, 1922; Edmund Burke, *Reflections on the Revolution in France*, ed. J.C.D. Clark, 2001; Donoso Cortés, *Rede über die Diktatur*, 1848/50).

Restauration und Gegenrevolution gedanklich ausgestatteten Arsenal. Freilich: Deren Diagnosen und Therapievorschläge sind auch nach einem *update* nicht mehr zwanglos anschlussfähig. Deutungen, Sprache und Bilder sind heute andere. Gleichwohl hat die Vorstellung von einem aufgebrachten Mob – bar jeder Vernunft – die Zeitläufte uberdauert. So schwelgt Kurbjuweit in der Irrationalität der „Bürgerlichen“, denen „die innere Mitte“ fehlt: „Der „Wutbürger“ buht, schreit, „hasst“ und „brüllt“. Er „kündigt der Politik die Gefolgschaft auf“, „macht nicht mehr mit, er will nicht mehr“. Immerhin: Wo Carl Schmitts Heroen – Joseph de Maistre und Donoso Cortés – die Religion und die „Diktatur des Dolches“ gegen den revoltierenden Pöbel<sup>18</sup> preisen, fordert der *Spiegel*-Autor am Ende – bescheiden, ja, ein wenig kleinkariert – den Sinn für die „gute Zukunft des Landes“ ein, allerdings auch Thomas Buddenbrooks *Contenance*. Kein autoritäres Regime also, nur eine „tadellose Haltung angesichts vieler Schwierigkeiten“. An die Gattung der antidemokratischen politischen Literatur schließt sich der *Spiegel*-Essay ausdrücklich *nicht* an. An eine Spielart vielleicht, die dazu neigt, Demokratie für eine staatliche Veranstaltung zu halten. Dem „Wutbürger“ wirft Kurbjuweit vor, er wolle „nicht mehr staatstragend sein“, ihm sei der „Staat fremd geworden“.

### III. „Wutbürger“: Symptom des Verfalls oder der Vitalität von Demokratie?

Geben die Demokratietheorien dieser Tage Aufschluss über (wut-?)bürgerliches Aufbegehren? Von Hause aus sollten im Kontext normativer Überlegungen und empirisch informierter Deutungen zur Demokratie dem Affekt gegen Proteste geschuldete Irrationalittsannahmen in den Hintergrund treten. Der Fokus richtet sich auf Anlass und Ort, Art und Intensität bürgerlichen Aufbegehrens. Die hierzu vorliegenden Deutungsangebote sind alles andere als einheitlich.

#### 1. Demokratietheorie zwischen Pessimismus und Optimismus

Während Pessimisten in Stuttgart 21 und anderswo Symptome des Verfalls der Demokratie diagnostizieren, interpretieren Optimisten diese Ereignisse als Anzeichen demokratischer Vitalität.<sup>19</sup> Mittig und abgewogen in der Kritik, beschränken realistische Demokratietheorien ihre Krisendiagnose auf die repräsentative Demokratie und erkennen im Brgerprotest die Umriss eines Wandels zu neuen, nicht-repräsentativen Formen von Demokratie.

Pessimismus wird überwiegend unter der Firma *Postdemokratie* bzw. *Postpolitik* verbreitet.<sup>20</sup> Er stützt sich, bei Unterschieden im Einzelnen, auf folgende Indikatoren und Entwicklungen:

(a) Veränderungen *politischen Verhaltens* – wie abnehmende Wahlbeteiligung, sinkende Milieubindung intermediärer Organisationen, Abschmelzen der Mit-

18 Donoso Cortés, *Rede über die Diktatur* (Fn. 17), 322 f.

19 Die Kontrastierung von pessimistischen und optimistischen Theorien entnehme ich Ingolfur Blühdorn, *Simulative Demokratie* (Fn. 4).

20 Eingelutet wurde der postdemokratische Diskurs von Jacques Rancre, *Demokratie und Postdemokratie*, in: Alain Badou et al. (Hrsg.), *Politik der Wahrheit*, 1977, 94 ff.; popularisiert wurde das Etikett von Colin Crouch, *Postdemokratie*, 2008. Als Wahlverwandte wären vor allem zu nennen: Sheldon Wohlin, *Democracy Incorporated: Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism*, 2001; Chantal Mouffe, „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung, *APuZ* 1-2/2011, 3 ff.; dies., über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, 2007; Frank Furedi, *Politics of Fear*, 2005, kritisiert die Sprachlosigkeit der Politik(er) und die Infantilisierung der Öffentlichkeit; Michael Hirsch, *Die Zwei Seiten der Entpolitisierung. Zur politischen Theorie der Gegenwart*, 2010. Eine ausführliche Darstellung und weitere Nachweise finden sich bei Blühdorn, *Simulative Demokratie* (Fn. 4), 114 ff. Vgl. auch Girogio Agamben et al., *Demokratie? Eine Debatte*, 2012.

gliederbasis von Parteien etc. – werden interpretiert als politische Gemütslage einer frustrierten, desillusionierten, politikverdrossenen Bürgerschaft, die sich auf „zivile Desertion“<sup>21</sup> verlege, den öffentlichen Raum – zum „bowling alone“<sup>22</sup> – verlasse.

(b) Der Postdemokratie entsprächen zudem veränderte *systemische Bedingungen* von Politik: Durch Globalisierungsprozesse werde der *nationale* Zugriff auf Problemlagen begrenzt und deren Komplexität gesteigert (Beispiele sind: Klimawandel, organisierte Kriminalität und Terror, Regulierung der Finanzmärkte). Damit zusammenhängend, werden politische Entscheidungen auf Expertengremien und supra- bzw. internationale Institutionen verlagert. Diese Entwicklungen führten – nicht nur nach den Theorien der Postdemokratie – zu einem „Rückbau“ demokratischer Standards und zur Entleerung der repräsentativ-demokratischen Entscheidungsverfahren.

(c) Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus haben sich die ideologischen Konflikte in das neoliberale Projekt und sein Umfeld hinein verschoben. Kein „Ende der Geschichte“<sup>23</sup> also, wohl aber im Kraftfeld der Demokratietheorie und -praxis, *erstens*, ein Trend hin zur Vorherrschaft von Eliten, Staatstechnikern und Experten,<sup>24</sup> *zweitens* und damit zusammenhängend, eine fortschreitende ökonomische „Kolonisierung“ von Politik,<sup>25</sup> ablesbar am Pegelstand des Einflusses ökonomischer Expertise und an Effizienzkalküls als Orientierungsmarken von Politik.<sup>26</sup> Symptomatisch hierfür sind auch das Diktum des ehemaligen US-Präsidenten Clinton „It's the economy, stupid“ und das die Bundeskanzlerin Merkel leitende Bild „marktkonformer“ parlamentarischer Mitbestimmung.<sup>27</sup> *Drittens* gerät das republikanische Versprechen *öffentlicher* demokratischer Herrschaft zunehmend, jedenfalls seit der partiellen (?) Aufdeckung (?) des NSA-Skandals in eine Spannungslage zu den von der Informationstechnologie ermöglichten und von den privaten Providern unterstützten Überwachungspraktiken der Geheimdienste („Big Data“, „Prism“).<sup>28</sup>

Insgesamt von Theorien der Postdemokratie gezeichneten, düster bis apokalyptischen Bilder einer Demokratie, in der demokratische Idee und Staats- und Regierungsform krass divergieren, haben beachtliche Kritik provoziert. Der Begriff „Postdemokratie“ verbleibe im Ungefähren und lasse unbestimmt, ob postdemokratisch „danach“ oder „im Kommen“ bedeutet. Außerdem seien die Beiträge

21 Marcel Gauchet, zit. nach Mark Arenhövel, *Globales Regieren. Neubeschreibungen der Demokratie in der Weltgesellschaft*, 2003, 9.

22 Robert D. Putnam, *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, 2000. Vgl. auch Claus Offe, *Moderne "Barbarei": Der Naturzustand im Kleinformat*, in: Max Miller/Hans-Georg Soeffner (Hrsg.), *Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts*, 1996, 258 ff.

23 Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, 1992.

24 Dazu Günter Frankenberg, *Staatstechnik*, 2010, bes. Kap.1.

25 Mouffe, „Postdemokratie“ (Fn. 20), *APuZ* 1-2/2011, 3. Colin Crouch geht davon aus, dass der Staat „eher einem marktbeherrschenden Großunternehmen gleich gemacht wird“ (*Postdemokratie* [Fn. 20], 109); Claus Offe erörtert, unter Bezug auf Crouch, differenziert die „postdemokratische“ Überlagerung politischer durch wirtschaftliche Kategorien, *FAZ* v. 22.9.2008, 37.

26 Nachweise zur Ökonomisierung von Politik: Crouch, *Postdemokratie* (Fn. 20) und Blühdorn, *Simulative Demokratie* (Fn. 4); Alessandro Pelizzari, *Die Ökonomisierung des Politischen*, 2001, und Gary Schaaf et al. (Hrsg.), *Die Ökonomisierung der Politik* (im Erscheinen, 2013).

27 Angela Merkel, *Tagespresse* vom 2./3.9.2011.

28 Dazu zuletzt Frank Schirmacher, *Wir wollen nicht, Frankfurt Allgemeine Sonntagszeitung*, 25.8.2013, 37; Thomas Darnstädt, *NSA-Skandal: Amerikas Großangriff auf das Völkerrecht, Spiegel Online* 10.7.2013 (Zugriff am 25.8.2013).



zwar anregend, versagten jedoch „bei der Analyse“ und operierten mit „moderatem sozialwissenschaftlichen Aufwand“.<sup>29</sup>

„Wutbürger“, *Indignados* in Spanien (Democracia real YA!), Occupy/Bloccupy oder die Tea Party-Bewegung scheinen den Demokratieskeptikern Recht zu geben. Freilich nur auf den ersten Blick zeigen sie die Leistungsgrenzen parlamentarisch-demokratischer Institutionen auf, signalisieren eine schwindende Bereitschaft der BürgerInnen, deren Entscheidungen abzuwarten. Damit zeigen sie zugleich ein gewachsenes bürgerliches Selbstbewusstsein an, das Mitbestimmungsansprüche geltend macht und bereit ist, diese in politische Aktivität zu übersetzen.

Im Vergleich zum postdemokratischen Diskurs geben die deutlich optimistischeren Zeitdiagnosen und meist normativ ausgelegten Theorien – medial – weniger her. Bei der Betonung demokratischer Vitalität negieren sie zwar kritische Aspekte nicht, gehen jedoch in aller Regel davon aus, dass demokratische Fehlentwicklungen, etwa wie Haltungsschäden, korrigierbar seien und zeigen so gleich (institutionelle) Auswege aus der Misere auf.<sup>30</sup>

Auf der Verhaltens- bzw. Stimmungsebene kommen diese Theorien zu deutlich freundlicheren Ergebnissen als die Postdemokraten: Ein genereller Trend zur Politikverdrossenheit und Demokratiemüdigkeit sei ebenso wenig zu registrieren wie generell eine wirkliche Krise. Im Gegenteil lasse sich ein steigendes Interesse an politischen Fragen und eine wachsende Partizipationsbereitschaft ausmachen. Die empirische Sozialforschung assistiert, politisches Engagement habe nicht abgenommen, sondern sich nur verlagert.<sup>31</sup>

Auf der Systemebene sehen die Optimisten neu erschlossene Zugänge zum politischen Prozess, einen Zuwachs an informeller Partizipation<sup>32</sup> und positive institutionelle Veränderungen.<sup>33</sup> Einige Autoren verzeichnen neue Formen von Sozialkapital, das in einer Demokratisierung der Demokratie, einem Wandel von der repräsentativen bzw. elektoralen zur authentischen Demokratie zur Geltung komme.<sup>34</sup>

Aus dieser Perspektive – gar vor dem Hintergrund des angeblich heraufziehenden „demokratischen Jahrhunderts“ – sind die These, die Bürgerschaft hätte das

29 Zur Kritik: Blühdorn, *Simulative Demokratie* (Fn. 4); Eike Hennig, Totgesagte leben lange. Zum Aussagewert postdemokratischer Theorien, vorgänge 2/2010, 26 ff./34; Claus Offe, Wie der Markt die Politik vergiftet, FAZ, 22.9.2008, 37 (zu Colin Crouch, Postdemokratie); Gary Schaal, Postdemokratie. Tatsächlich?, *Magazin erwachsenenbildung*, 11/2010, 1 ff.; Emanuel Richter, Das Analysemuster der „Postdemokratie“, *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 19 (2006), 4 ff./23–27.

30 Vgl. etwa Ulrich Sarcinelli, Repräsentation und Präsentation. Zur Legitimation von Macht in der Vor-moderne und im zivildemokratischen Republikanismus, in: Markus Linden/Winfried Thaa (Hrsg.), *Krise und Reform politischer Repräsentation*, 2011, 75 ff.; Bernhard Weßels, Bürgervertrauen ist parteiisch, WZB-Mitteilungen 124 (2009), 9 ff.; Blühdorn, *Simulative Demokratie* (Fn. 4), 60 ff. m.w. Nachw.

31 Mit empirischen Nachweisen: Dieter Rucht, Engagement im Wandel. Politische Partizipation in Deutschland, WZB-Brief Zivil-Engagement vom 1.5.2010.

32 Russell D. Dalton/Hans-Dieter Klingemann, Citizens and Political Behaviour, in: dies. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Behaviour*, 2007, 3 ff.

33 Russell Dalton, *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, 2008; ders., Citizenship norms and the expansion of political participation, *Political Studies* 56/2008, 76 ff.; Freedom House, *Freedom in the World 2013*, 2013; Schaal, Postdemokratie. Tatsächlich? (Fn. 29).

34 Welzel, #Titel# 2005, 116; Blühdorn, *Simulative Demokratie* (Fn. 4), 69; Graham Smith, *Democratic Innovations. Designing Institutions for Citizen Participation*, 2009. Zu ergänzen waren diese optimistischen Einschätzungen um die jedenfalls nicht skeptischen Einschätzungen normativer Demokratietheorien, insbesondere die Theorien der deliberativen Demokratie: Jürgen Habermas, Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff der deliberativen Demokratie, in: Herfried Münkler (Hrsg.), *Die Chancen der Freiheit*, 1992; ders., *Faktizität und Geltung*, 1992; Bettina Lösch, *Deliberative Politik: Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation*, 2005; James S. Fishkin, *When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation*, 2009; Amy Gutmann/Dennis Thompson, *Why Deliberative Democracy?*, 2004; Robert E. Goodin, *Innovating Democracy. Democratic Theory and Practice after the Deliberative Turn*, 2008.

Vertrauen in die Demokratie verloren, und der hieraus abgeleitete Typ des „Wutbürgers“ auch demokratietheoretisch eine Chimäre.<sup>35</sup> Und dessen Proteste: ein „Segen für die Demokratie“.<sup>36</sup>

## 2. Realistische Demokratietheorien: Krise und Formwandel

Zwischen Pessimisten und Optimisten versuchen realistische Demokratietheorien, normative Überlegungen und empirische Einsichten in einer wohlabgewogenen Balance zu halten.<sup>37</sup> Einige dieser Theorien begründen einen Formwandel von der parlamentarischen zur *monitory*, präsentativen oder multiplen Demokratie.<sup>38</sup> Sie sind sich einig, dass die repräsentativ-parlamentarische Demokratie in einem kritischen Zustand ist. Konträre Deutungen der empirischen Befunde versuchen sie, in ihr Krisenszenario einzufügen.

*Erstens* zum Verhalten und zur politischen Befindlichkeit: Dass sich die Aufbruchstimmung von 1989/90 weitgehend verflüchtigt und Unzufriedenheit ausgebreitet hat,<sup>39</sup> dürfte kaum zu bestreiten sein. Das exekutiv-administrativ angelegte Beitrittsprojekt war darauf angelegt, hatte jedenfalls die aus Perspektive der Staatstechnik erfreuliche Nebenwirkung, der Zivilgesellschaft in Ost und West demokratische Flausen auszutreiben. Die Ernüchterung wird durch vereinzelte *events*, wie Mutlangen, „AKW – nein danke!“, Gorleben, Lichterketten oder Stuttgart 21 nicht auf breiter Front re-euphorisiert, geschweige denn durch informelle oder elektronische Formen der Partizipation (*e-democracy*) kompensiert. (Nach den jüngsten Ereignissen in Syrien und Ägypten sind wohl auch auf demokratische Erfolge in der arabischen Welt gezogene Optimismusanleihen riskant.)

Der Widerspruch von Politikverdrossenheit und Partizipationsbereitschaft könnte jedoch aufzulösen sein, wenn man deren soziale Träger genauer bestimmt. Erkennbar wird dann eine sich aufspreizende, *soziale* und *politische Divergenz* von bildungs- und einkommensstarken Aktivbürgern einerseits und bildungsfernen, sozial schwachen und politisch „abgehängten“ Passivbürgern andererseits. Die Schere, die sich zwischen Gewinnern und Verlierern der (postfordistischen) Dienstleistungsgesellschaft hinsichtlich Wahlbeteiligung<sup>40</sup> und sonstiger politischer Partizipation öffnet, schließt sich weder zeitnah noch problemlos durch „Neuerfindungen des Politischen“ und neue Partizipationsformen.<sup>41</sup> Denn unkonventionelle Formen der Beteiligung, wie Mediationsverfahren, Bürgerforen oder runde Tische, die strategisches Denken, Verhandlungsge-

35 Stürmer, Soziale Repräsentation (Fn. 4), 13; Schaal, Postdemokratie. Tatsächlich? (Fn. 29), 6; vgl. auch Seymour M. Lipset/Jackson Lakin, *The Democratic Century*, 2004.

36 Supp, Die Wutbürger (Fn. 3), 52.

37 Ausführlich dazu Vorländer, Der Wutbürger (Fn. 4), bes. 474 ff.; Michael Th. Greven, Zukunft oder Erosion der Demokratie?, in: Hanna Kaspar et al. (Hrsg.), *Politik-Wissenschaften. FS Jürgen Walter*, 2009, 411.

38 Zur *monitory democracy*: John Keane, *The Life and Death of Democracy*, 2009. Siehe auch Paul Nolte, Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, *APuZ* 1-2/2011, 5 ff.; Sarcinelli, Von der repräsentativen zur präsentativen Demokratie, in: Hans Vorländer (Hrsg.), *Zur Ästhetik der Demokratie. Formen der Politischen Selbstdarstellung*, 2003, 187.

39 Nolte, Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie (Fn. 38), 8.

40 Die Spreizung ist bei der Bundestagswahl 2009 bestätigt worden, siehe dazu Dirk Jörke, Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, *APuZ* 1-2/2011, 13 ff./15.

41 Dazu allgemein Ulrich Beck, *Die Erfindung des Politischen*, 1993, und – insbesondere zur Ungleichverteilung politischer Partizipation – Dalton/Klingemann, *Citizens and Political Behaviour* (Fn. 32); Jörke, Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie (Fn. 40), 14 und 17; Armin Schäfer, Kompensiert bürgerliches Engagement den Rückgang der Wahlbeteiligung?, *BBE-Newsletter* (2010), 4; mit eindrucksvollen empirischen Belegen Petra Böhnke, Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, *APuZ* 1-2 (2011), 18 ff., und Dieter Rucht/Mundo Yang, Wer demonstriert gegen Hartz IV?, *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 17 (2004), 21 ff.

schick und argumentative Kompetenz voraussetzen, kommen wiederum<sup>42</sup> eher den gut ausgebildeten Modernisierungsgewinnern der Mittelschicht entgegen,<sup>43</sup> zumal wenn mit ihnen nichtegalitäre Protestziele – für oder gegen Infrastrukturprojekte – verfolgt werden.

*Zweitens* zur Divergenz von demokratischer *Idee* und *Regierungsform*: Der Bologna-Prozess, Klimakonferenzen, G 8/10/20-Treffen, zuletzt die europäische Politik der Rettungsschirme<sup>44</sup> etc. führen dem staunenden Publikum seit langem vor Augen, dass und in welchem Ausmaße sich die Gewichte von parlamentarischer Diskussion und Entscheidung hin zu *Führung* und *Beratung* (durch demokratisch weder legitimierte noch adäquat kontrollierte Experten und Gremien), bisweilen maskiert als demokratische Deliberation,<sup>45</sup> verschoben haben. Begleitet wird die nicht erst seit Neuem erfahrbare Entdemokratisierung und Entparlamentarisierung von Politik durch die in ihrem ganzen Ausmaß noch gar nicht überschaubare Vergeheimdienstlichung des politischen Prozesses.<sup>46</sup>

Zu konstatieren ist also zum einen ein funktioneller Bedeutungsverlust des parlamentarischen Systems.<sup>47</sup> Zum anderen schlagen die von Experten als sachgerecht ausgewiesenen Problemlösungen als „Metaphysik der Sachzwänge“ zurück auf die Partizipationsbereitschaft vor allem der Angehörigen der „Unterklasse“. Weder durch Einkommen noch Bildung für Auftritte als „Gegen-Experten“ auf politischer Bühne ausgestattet, werden sie in eine „kognitive Notlage“ (Offe) gebracht. Entmutigt unterwerfen sie sich der Legitimität des dem Alltagsverstand überlegenen Wissens.<sup>48</sup>

#### IV. Demokratie als Lebensform: Krise des Agonalen und Theatralen

In der Krise des repräsentativ-parlamentarischen Systems tritt hervor, wie weit in der real praktizierten Demokratie ihre Bedeutung als demokratische Lebensform verkümmert. Für den kritischen Zustand beider Aspekte der demokratischen Lebensform – des Agonalen und des Theatralen<sup>49</sup> – sprechen „Differenzenerfahrungen“ auf Seiten der von ihren Repräsentanten entfremdeten Repräsen-

42 Zu älteren Befunden der ungleichen Partizipation: Seymour Martin. Lipset, *Political Man*, 1960; Oscar W. Gabriel, Politische Partizipation, in: Jan W. van Deth (Hrsg.), *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003*, 2004, 317 ff.

43 Böhnke, Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation (Fn. 41), 20; vgl. auch Kay Lehman Schlozman et al., Inequalities of Political Voice, in: Lawrence R. Jacobs/Theda Skocpol (Hrsg.), *Inequality and American Democracy*, 2005, 19 ff.; Eric M. Uslander/Mitchell Brown, Inequality, Trust, and Civic Engagement, *American Politics Research* 33 (2005), 868 ff.

44 Zur Rettung des Finanzsektors nicht nur weitgehend ohne parlamentarische Beteiligung, sondern unter Umgehung des Bundestages: Günter Frankenberg, Die europäische Union der Staatstechniker und Experten, in: Michael Bäuerle et al. (Hrsg.), *Demokratie-Perspektiven. FS Brun-Otto Bryde zum 70. Geburtstag*, 2012, 141 ff. Dazu auch BVerfG vom 19.6.2012 – 2 BvE 4/11.

45 Furedi, *Politics of Fear* (Fn. 20), 117.

46 Die Überschrift „Geheimdienstskandal größer als gedacht“ (Focus Online vom 21.8.2013) beschreibt angemessen die schrittweise Aufklärung (?) der geheimdienstlichen Überwachungspraxis und das Versagen der Politiker, die ohne Sachkenntnis bereits zur Entskandalisierung des Skandals geschritten waren (Bundesinnenminister „Friedrich sieht Vorwürfe in der NSA-Affäre ausgeräumt“, Focus Online vom 16.8.2013).

47 Vorländer, Der Wutbürger (Fn. 4), 471 f.

48 Rancière, *Der Hass der Demokratie*, 2011, 98 f.

49 Die Aspekte des Agonalen und Theatralen entnehme ich, eher freihändig, Hannah Arendts politischer Philosophie (dazu: Seyla Benhabib, Feminist Theory and Hannah Arendt's concept of the public space, *History of the Human Sciences* 6 (1993), 97 ff.) und Cornelia Vismanns Studie *Medien der Rechtsprechung*, 2011, und übertrage sie im Folgenden, mit erheblichen Modifikationen, auf das System parlamentarisch-demokratischer Entscheidungen.



tierten (und das Ausmaß, in dem sich Demokratie „der populistischen Versuchung“ öffnet).<sup>50</sup>

### 1. Demokratie als Streit

Der *agonale* Aspekt bezieht sich auf das demokratische Versprechen, dass Streit öffentlich im Wettbewerb nach gleichen Regeln ausgetragen wird. Um zu verhindern, dass soziale Konflikte „verwildern“,<sup>51</sup> hält die agonale Demokratie Arenen und Foren bereit, in bzw. auf denen die Kontroversen der Betroffenen als politische unmittelbar oder vermittelt durch gewählte Vertreter stattfinden können.

Für das Leben in Gesellschaft zentrale Themen und Kontroversen, so die weitere Bedeutung des Agonalen, werden in das parlamentarisch-repräsentative System eingeführt, dort erörtert und schließlich verbindlich entschieden. Im Gesetzesbeschluss erhält die Entscheidung die Struktur des Allgemeinen und die Aura des Objektiven.

Aus der Perspektive des Agonalen ist für die Erfahrung von Demokratie maßgeblich, ob allen Betroffenen der Zugang zu den Institutionen offen steht, sie eine Stimme haben und ihnen Handlungsoptionen gegeben sind, d.h. dass sie mitentscheiden können, und ob es in den Debatten der Vertretungskörperschaften (Parlamente, Gemeinderäte etc.) „um etwas von Belang geht“ oder aber nur Routineangelegenheiten abgearbeitet werden, die nicht die Qualität haben, Kontroversen beizulegen und Rechtsfrieden zu stiften.

Sinkende Wahlbeteiligung und Rückgang der politischen Partizipation gerade der Angehörigen der bildungsfernen, sozial benachteiligten Gruppen zeigen an, dass sich die „gefühlte“ agonale Demokratie erheblich von deren Vorstellungswelt entfernt hat.<sup>52</sup> „Konsensdemokratie“ wäre ein allzu euphemistisches Etikett für ein Entscheidungssystem, das auf Dauer das Versprechen der *sozialen Inklusion aller* Betroffenen und der Offenheit für Kontingenz<sup>53</sup> verletzt.

Die agonale Dimension von Demokratie wird ferner tangiert, wenn zentrale Fragen aus dem institutionalisierten politischen Prozess ausgelagert, in den Hinterzimmern der Parlamente und Ministerien, in Beiräten und Sachverständigenkommissionen, von Stäben der Lobby-Organisationen oder aber in transnational beschickten Gremien vorbereitet und vorentschieden werden. In einer „Beiräterepublik“ schrupft zwangsläufig die agonale Sphäre. Gleiches gilt für Verschiebung von Konflikten auf die Foren der Justiz. Zwar hat auch der Rechtsstreit eine agonale Dimension; diese folgt anderen Regeln und einer anderen Logik als demokratischer Streit und Wettbewerb.<sup>54</sup>

Die Entfaltung agonaler Demokratie wird eingeschnürt, wenn Politiken nach dem Modell TINA („There is no alternative“) als *alternativlose Problemlösungen* deklariert werden. Dieser insbesondere von der Regierung Thatcher praktizierte Politikstil,<sup>55</sup> der darauf angelegt ist, die öffentliche Debatte zu unterlaufen, findet derzeit seine Nachahmung in der Regierung Merkel. Die Kanzlerin und ihre Minister lassen gleichsam *ex cathedra* wiederholt vernehmen, ihre außerparlamentarische und außergesetzliche Energiewende, ihre Afghanistan-Politik

50 Vorländer, *Der Wutbürger* (Fn. 4), 477.

51 Zur Verwilderung von Konflikten: Axel Honneth, *Verwilderungen. Kampf um Anerkennung* im frühen 21. Jahrhundert, *APuZ* 1-2/2011, 37 ff.; und auch Offe, *Moderne „Barbarei“* (Fn. 22).

52 Nolte, *Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie* (Fn. 38), 11.

53 Vismann, *Medien der Rechtsprechung* (Fn. 49), 80 zur Bedeutung von Kontingenz (sachfremde Erwägungen).

54 Dazu Vismann, *Medien der Rechtsprechung* (Fn. 49).

55 Nachweise: Furedi, *Politics of Fear* (Fn. 20), 12 ff.

und ihre Euro- bzw. Finanzmarktrettungspolitik seien ohne Alternative.<sup>56</sup> Als alternativlos wurden von regionalen Instanzen zahlreiche Großprojekte gepriesen, die sich im Nachhinein als Fehlplanungen erwiesen oder nicht realisiert wurden, wie etwa das Transrapid-Projekt, das vermeintliche Endlager Gorleben, der überflüssige Flughafen Kassel-Calden, der Schnelle Brüter in Kalkar, der nie ans Netz ging und heute als Freizeitpark genutzt wird, oder demnächst Stuttgart 21.<sup>57</sup> So zeigt TINA häufig die Erschöpfung der Vorstellungskraft der politischen Klasse an – „politics is lost for ideas“<sup>58</sup> – und versucht, Kontingenz auszuschalten.

## 2. Demokratie als Inszenierung

Der *theatrale* Aspekt verweist auf die demokratische Lebensform als Inszenierung, genauer: als doppelsinniges „Theater der Leidenschaften“. <sup>59</sup> Der *ästhetisch-expressive Sinn* von Demokratie entfaltet sich in einer „Dramaturgie des Visuellen“<sup>60</sup> und Sprachlichen. Sie ist darauf angelegt, die Komplexität des Politischen zu reduzieren. Nach der „Logik des Darstellbaren“ werden die oben erwähnten Themen und Probleme in anschaulicher Weise zur Sprache gebracht, auf der politischen Bühne inszeniert und in den „Wahrnehmungshorizont“ des politischen Publikums eingestellt.<sup>61</sup>

Das Sprachliche leidet Not, wenn der politischen Klasse zwar nicht die Worte ausgehen, sie aber nicht in der Lage ist, ihre Anliegen in der Sprache der Politik und der Politikadressaten auszudrücken,<sup>62</sup> und sich anderswo, wie häufig: bei Experten, bedient. Dann wird die deutsche Version des „New Deal“ als „Agenda 2010“ in Umlauf gebracht; und die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe läuft ohne inhaltlichen Aussagewert unter dem Etikett „Hartz IV“, das das Projekt dem Vorsitzenden der Expertenkommission, nicht etwa einem Politiker zurechnet.

Dass Demokratie, vom Sprachlichen abgesehen, als „Theater der Leidenschaften“ in Frage kommt, bestreitet insbesondere die These von der angeblich „peinlichen Schwäche“ der Demokratie, auf eine „bündige ästhetische Repräsentation“ verzichten zu müssen.<sup>63</sup> Angesichts der Ergebnisse produktiver demokratischer Einbildungskraft – der Symbolisierungen von Gesellschaft als Einheit, der Inszenierungen präsidialer Inaugurationen, der Modelle parlamentarischer Sitzordnungen und Beispiele demokratischer Architektur<sup>64</sup> usw. – darf diese These als unzutreffend gelten. Demokratie ist nicht nur Diskussion und Deliberation, sondern ebenso Inszenierung.

56 Frankenberg, Die europäische Union der Staatstechniker und Experten (Fn. 44), 149–151; vgl. auch Universität Koblenz-Landau, Hambacher Gespräche: „Alternative zur ‚Politik ohne Alternative‘“, 24.10.2012 und Robert Leicht, Ohne Alternative keine Politik – [www.pnn.de/meinung/72206/v.27.10.2008](http://www.pnn.de/meinung/72206/v.27.10.2008).

57 Siehe *Die Welt*, 26.8.2013; *Handelsblatt*, 23.7.2013.

58 Furedi, *Politics of Fear* (Fn. 20), 5 ff.

59 Jacques Bénigne Bossuet, *Politique tirée des propres paroles de l'Écriture Sainte*, zit. nach Albert Hirschmann, *Leidenschaften und Interessen*, 1980, 53.

60 Ausführlich dazu Hans Vorländer, Demokratie und Ästhetik. Zur Rehabilitierung eines problematischen Zusammenhangs, in ders. (Hrsg.), *Zur Ästhetik der Demokratie. Die Formen der politischen Selbstdarstellung*, 2003, 26.

61 Vorländer, Demokratie und Ästhetik (Fn. 60), 475.

62 So verstehe ich auch Furedis „politics is lost for words“, *Politics of Fear* (Fn. 20), 5. Vgl. Vismann, *Medien der Rechtsprechung* (Fn. 49), 72 ff.

63 So Walter Grasskamp, *Die unästhetische Demokratie*, 1992, 7 und 9.

64 Frankenberg, *Staatstechnik* (Fn. 24), 54 ff.; Clifford Geertz, Centers, Kings, and Charisma: Reflections on the Symbolics of Power, in: Sean Wilentz (Hrsg.), *Rites of Power*, 1985, 29; Philip Manow, *Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation*, 2008.

Der andere Sinn des Theatralen betrifft die (zulässige) Rolle von Emotionen in der Demokratie.<sup>65</sup> Die Tradition des Liberalismus hält Abstand zu Gefühlen. Diese Einstellung dürfte den historischen Erfahrungen mit illiberalen, sich im Reiche des Irrationalen bedienenden Gegnern, aber vor allem auch dem rationalistischen, sich im Medium des Rechts bewegenden Aufklärungsprojekt geschuldet sein.<sup>66</sup> Liberale Demokratietheorien modellieren demzufolge die Angehörigen der politischen Klasse als Träger von Sachkompetenz, Rechtstreue und Neutralität. Emotionen der Bürgerschaft fürchten sie als Einbrüche der Irrationalität in die Politik. Sie verlegen sich auf deren Sublimierung auf dem „Marktplatz der Ideen“ oder im Wahlakt und deuten sie grundsätzlich in Interessen und Präferenzen um.<sup>67</sup> Bürgerliche Erregungszustände – zumal kollektive – sehen Liberale daher mit ihrerseits gemischten Gefühlen. Politiker, die Emotionen zeigen (von Jimmy Carter über Hillary Clinton bis Steinbrück), gelten als gefühlig oder unbeherrscht. Nach dem gender-Subtext müssen insbesondere Politikerinnen die Verhaltenslehre der *Coolness* verinnerlichen. Entsprechen sie nicht dem Code für die Äußerung von Gefühlen, werden vor allem Frauen von den Medien abgestraft.<sup>68</sup>

Im Unterschied zur liberalen Vorstellung privaten Glücksstrebens in der Politik hat die republikanische Tradition von Demokratie eher dazu geneigt, die motivationalen Ressourcen der BürgerInnen zu erschließen. Statt Leidenschaften gegen Vernunft auszuspielen und allein auf Diskussion und zuletzt Deliberation zu setzen, spielen in republikanischen Diskursen patriotische Gefühle, Tugenden und Emotionen eine größere Rolle. Mit dem „Wutbürger“ hätte die republikanische Tradition also weniger Probleme als die liberale.

## V. „Wutbürger“ und das Recht auf die Stadt

Eine letzte Annäherung an den „Wutbürger“. Dazu begeben wir uns zum Ort jener Proteste, die im urbanen Bereich oder dessen Nähe stattfinden, und lassen uns informieren vom Diskurs zum „Recht auf die Stadt“. Eröffnet wurde dieser Diskurs im Geist von 1968 mit Henri Lefebvres Manifest „Le Droit à la ville“,<sup>69</sup> in dem mit dem „Recht auf die Stadt“ das Programm vorgestellt wurde, die Stadtbewohner nicht in „Wohnghettos“ zu vertreiben und von der Lebensqualität und den sozialen Leistungen auszuschließen. Lefèbvre fordert jedoch nicht nur die soziale Teilhabe an der Nutzung des urbanen Raums ein, sondern ebenso den Zugang zu den politischen Debatten über die künftige Stadtentwicklung und die Beteiligung an den Planungsentscheidungen.<sup>70</sup> AutorInnen aus der Stadtpla-

65 Zur Rolle von Emotionen in der Politik: Albert O. Hirschman, *Leidenschaften und Interessen*, 2. Aufl., 1987; Felix Heidenreich/Gary S. Schaal, (Hrsg.), *Politische Theorie und Emotionen*, 2012; Gary S. Schaal/Felix Heidenreich, *Politik der Gefühle. Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie*, APuZ 32-33/2013, 3 (Gegenüberstellung von liberaler Emotionsaversion und republikanischer Emotionsaffinität); Danilo Zolo, *Die demokratische Fürstenherrschaft*, 1997, zur demokratischen Politik als Angstmanagement.

66 Das mit der „hierarchisierenden Dichotomie zwischen Gefühlen und Rationalität“, wie Schaal/Heidenreich zu Recht ausführen, die Exklusion von Frauen aus der Politik beinhaltete und heute noch Gefühlsausbrüche von Politikerinnen schärfer abstrafte (Schaal/Heidenreich, *Politik der Gefühle* [Fn. 65]), 3).

67 Ausführlich dazu Schaal/Heidenreich, *Politik der Gefühle* (Fn. 65).

68 Ein markantes Beispiel: Maureen Dowd in ihren Kolumnen in der *New York Times* über bzw. gegen Hillary Clinton.

69 Henri Lefèbvre, *Le droit à la ville*, 1968, und ders., *La révolution urbaine*, 1970 – dt.: *Die Revolution der Städte*, 2003. Im 68er Geist argumentiert auch Peter Marcuse, *From critical urban theory to the right of the city*, *City* 13 (2009), 185 ff. Vgl. auch Fernand M. Guelff, *Die urbane Revolution*, 2010.

70 Lefèbvre, *Die Revolution der Städte* (Fn. 69), bes. 104 ff.

nung, Humangeographie und den Sozialwissenschaften,<sup>71</sup> in erster Linie jedoch vielfältige politische Initiativen für ein „Recht auf die Stadt“ haben seitdem Lefébvres Manifest in aller Welt mit Leben erfüllt.

Für den Anschluss an Theorie und Praxis des Rechts auf die Stadt bedarf es einiger Übersetzungsleistungen: Zunächst muss der „Wutbürger“ den eher provinziellen Rahmen – Stuttgarts Bahnhofsvorplatz und Sarrazins Wärmestuben – verlassen, in den ihn seine Wortschöpfer gestellt haben. Erst dann kann er auf globaler Bühne auftreten. Erwägungen zur politischen Gerohygiene, ganz gleich ob empirisch gesichert oder (wie meist) nicht, treten in den Hintergrund. Seine Befindlichkeit, die vermeintliche oder tatsächliche Wut, wird transponiert in den Modus radikaler Kritik.

Damit öffnet sich ein neuer Zugang zum Phänomen des irreführend so bezeichneten „Wutbürgers“. Statt seinen Protest als senile Veränderungsangst und Gemeinwohlvergessenheit zu denunzieren, lässt er sich zwanglos einstellen in die Phalanx der Bewegungen und Debatten, in denen die Ablehnung der urbanen Verhältnisse, wie sie sich nicht zuletzt durch Prozesse und Bedingungen der Globalisierung entwickelt haben, zu Wort und zur Geltung kommt. Die Berücksichtigung lokaler Besonderheiten und auch die unterschiedlichen Auswirkungen von Globalisierung gebieten freilich, Differenzierungen vorzunehmen. Die Proteste gegen Infrastrukturprojekte oder Großvorhaben in deutschen Städten oder deren Einzugsbereich lassen sich nicht mit den Demonstrationen Madrider Sexarbeiterinnen gegen die Verdrängung aus ihrer Nachbarschaft, den Forderungen der Mieter in New Orleans nach Rückkehr in ihre preisgünstigen Sozialwohnungen, Protesten in Dhaka (Bangladesch) gegen die Megaurbanisierung oder die Besetzung der Favelas in São Paulo über einen Kamm scheren. Auch nach „gegenhegemonialen Projekten“ sollte man am Stuttgarter Bahnhof, im Endlager Gorleben, an der Waldschlösschenbrücke oder im Flughafen Berlin-Brandenburg nicht suchen. Im Mittelpunkt steht auch nicht Urbanität als Event.<sup>72</sup>

Wer dagegen an den Überlegungen zu Demokratie als Lebensform und an der Stadt als Lebensort ansetzt, erschließt sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine vergleichende Betrachtung der Protestinitiativen im urbanen Bereich. Ganz allgemein geht es bei den meisten Protesten um eine (Wieder-)Aneignung des städtischen Raums durch die BürgerInnen. In prozeduraler, demokratischer Hinsicht fordern diese im Sinne von Lefébvres Manifest, frühzeitig und angemessen in die Planungs- und Entscheidungsprozesse inkludiert zu werden, über Entwicklungspfade und Alternativen zu geplanten Projekten mitentscheiden zu dürfen.<sup>73</sup>

In material stadtpolitischer Hinsicht kämpfen viele der Initiativen an der urbanen Front gegen die neoliberale Vermarktung der Städte,<sup>74</sup> es geht ihnen um praktische Veränderungen: um Verbesserungen ihrer Lebensqualität, Armutsbekämpfung in den Slums durch Stadtplanung, gegen die „Unwirtlichkeit der

71 Siehe nur Andrej Holm, *Das Recht auf die Stadt*, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2011, 89 ff.; Dirk Gebhardt/Andrej Holm (Hrsg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt*, 2011, mit zahlreichen Nachweisen. Zu den internationalen Stimmen in der Literatur und Initiativen: Mark Purcell, *Excavating Lefebvre: The right to the city and its urban politics*, *Geojournal* 58 (2002), 99 ff.; Michael P. Smith & Michael McQuarrie (Hrsg.), *Remaking Urban Citizenship*, 2012; Margit Mayer, *The 'Right to the City' in the context of shifting mottos of urban social movements*, *City13* (2009), 362 ff.

72 E.g. Ralf Bohn/Heiner Wilharm (Hrsg.), *Inszenierung der Stadt. Urbanität als Ereignis*, 2012.

73 Instrukтив dazu das Interview des Stadtplaners Albert Speer, „Da stimmt etwas nicht mit unserem System“, *Cicero* v. 15.12. 2012 – [www.cicero.de/kapital/da-stimmt-etwas-nicht-unserem-system/51551](http://www.cicero.de/kapital/da-stimmt-etwas-nicht-unserem-system/51551) (Zugriff: 29.8.2013).

74 H. Leitner et al. (Hrsg.), *Contesting Neoliberalism: The Urban Frontier*, 2007; Mayer, *The 'Right to the City'* (Fn. 71); Holm, *Das Recht auf die Stadt* (Fn. 71), 90 f.

Städte“,<sup>75</sup> den Trend zur „unternehmerischen Stadt“ und deren Reduktion auf eine Anlagesphäre des Finanzkapitals. Diesen Protestbewegungen liefert das „Recht auf die Stadt“ ein inhaltliches, orientierendes Stichwort für die Organisation des urbanen Lebensbereichs

Die praktischen Kämpfe für ein „Recht auf die Stadt“ und deren Begleitdiskurse, auf die auch die Proteste gegen Stuttgart 21 und andere urbane Infrastrukturprojekte verweisen, legen die Frage nahe, ob sich aus dem „Recht auf die Stadt“ konkrete Forderungen für Reformen des geltenden Rechts ableiten lassen. Wenn einer der weltweit renommiertesten Stadtplaner erklärt, das deutsche Planungs- und Verwaltungsrecht entspreche „nicht heutigen gesellschaftlichen Anforderungen“,<sup>76</sup> richtet er den Fokus auf Bauplanungs- und Raumordnungsrecht. Statt über Postdemokratie zu klagen, wäre die Debatte über „Postplanfeststellung“ zu eröffnen.

## Staatsrechtliche Kontinuität des Deutschen Reichs



### Die staatsrechtliche Kontinuität des Deutschen Reichs von der 'Machtergreifung' bis zum Tod Hitlers

Zugleich eine Analyse des Niedergangs der Weimarer Demokratie

Von Dr. Christian Strasser-Gackenheimer

2013, 293 S., brosch., 76,- €

ISBN 978-3-8487-0613-6

(Nomos Universitätschriften – Recht, Bd. 825)

In seiner Studie untersucht der Autor erstmals ausführlich die staatsrechtliche Kontinuität des Deutschen Reiches von der „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 bis zum Tod Hitlers am 30. April 1945. Dabei wird anhand der detaillierten Arbeit am Gesetzgebungsprozess und an tatsächlichen Ereignissen, aber auch an der herrschenden Auslegung der Weimarer Reichsverfassung, der Zerfallsprozess der Weimarer Demokratie nachgezeichnet.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter  
[www.nomos-shop.de/21175](http://www.nomos-shop.de/21175)



**Nomos**

75 Nach wie vor aktuell: Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit der Städte*, 1965.

76 Speer, „Da stimmt etwas nicht mit unserem System“ (Fn. 73).